

## **Planungs- und Mitwirkungsbericht**

Teilrevision Nutzungsplanung  
Kiesabbau und Deponie Bos-chetta Plauna  
(Änderung 2025)

Gemeindeversammlung

## Impressum

### **Auftraggeber**

Gemeinde S-chanf, CH-7525 S-chanf

### **Kontaktperson**

Heinz Thomas  
Vizepräsident  
+41 81 851 22 88  
chanzlia@s-chanf.ch

### **Bearbeitung**

Stauffer & Studach AG  
Alexanderstrasse 38, CH-7000 Chur  
www.stauffer-studach.ch

Beat Aliesch, Projektleitung  
+41 81 258 34 47  
b.aliesch@stauffer-studach.ch

Cyrill Noser, Sachbearbeitung  
+41 81 258 34 71  
c.noser@stauffer-studach.ch

### **Erstellung**

Juni 2022

### **Bearbeitungsstand**

Dezember 2025

# Inhalt

<b>1</b>	<b>Anlass</b>	<b>4</b>
1.1	Ausgangslage	4
1.2	Gegenstand und Ziel der Teilrevision	5
<b>2</b>	<b>Verfahren</b>	<b>5</b>
2.1	Organisation des Planungsträgers	5
2.2	Ablauf der Planung	6
2.3	Kantonale Vorprüfung	6
2.4	Mitwirkungsaufgabe	9
2.5	Vernehmlassung kantonale Amtsstellen	10
2.6	Beschluss Gemeindeversammlung	10
2.7	Beschwerdeaufgabe	10
2.8	Leitverfahren UVB	10
<b>3</b>	<b>Konzept und Projektelemente</b>	<b>11</b>
3.1	Massgebender Ausgangszustand	11
3.2	Materialabbau und Materialablagerung, Etappierung	11
3.3	Bestehende Materialaufbereitung und Materialumschlag	12
3.4	Zwischenlager Bodenmaterial	12
3.5	Endgestaltung Deponiekörper / Rekultivierung	12
3.6	Forstwerkhof und Sägereiareal	13
3.7	Langlaufloipe, Fuss- und Wanderwege	13
<b>4</b>	<b>Rahmenbedingungen und Nachweise</b>	<b>13</b>
4.1	Übereinstimmung mit der kantonalen Richtplanung	13
4.2	Regionaler Richtplan Maloja	14
4.3	Nutzungsplanung	16
4.4	Wald	16
4.5	Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) mit Projektbeschreibung	17
4.6	Spezialbewilligungen	18
<b>5</b>	<b>Umsetzung in der Nutzungsplanung</b>	<b>18</b>
5.1	Baugesetz	18
5.2	Zonenplan	18
5.3	Genereller Gestaltungsplan	19
5.4	Genereller Erschliessungsplan	20

## Anhang

Anhang A – Gegenüberstellung der Geländemodellierung der Erweiterung 2017 und Erweiterung 2025  
(Höferschüttung)

## Beilagen

Beilage A – Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) Projektänderung 2022 als Ergänzungsbericht zum  
UVB 2017 inkl. Beilagen, ARX Gruppe AG, (August 2022 / Revision Juni 2023 / Ergänzung Februar 2024  
/ Ergänzung Oktober 2025)  
Beilage B – Rodungsgesuch mit Rodungsplan



## 1 Anlass

### 1.1 Ausgangslage

Auf dem Gemeindegebiet von S-chanf, zwischen S-chanf und Chapella, befindet sich die regionale Deponie Bos-chetta Plauna – Plaun da Senchs. Sie dient dem Abbau von Kies und Sand sowie der Ablagerung von unverschmutztem Aushubmaterial und Inertstoffen. Der Deponieperimeter wird räumlich durch die Kantonsstrasse, das Militärgelände (FLAB-Schiessplatz) sowie den Inn eingegrenzt.

2013 beschloss die Gemeindeversammlung die Gesamtrevision der Planungsmittel. Die Gesamtrevision wurde im April 2014 von der Regierung genehmigt. Im Rahmen der Gesamtrevision wurde für den Bereich der bestehenden Deponie Bos-chetta Plauna inkl. Erweiterung noch keine nutzungsplanerischen Festlegungen getroffen. Stattdessen wurde ein Revisionsperimeter bestimmt, innerhalb dessen im Rahmen einer projektbezogenen Teilrevision die erforderlichen nutzungsplanerischen Festlegungen getroffen werden sollten. Diese projektbezogene Teilrevision inklusive dem Erweiterungsperimeter wurde mit Regierungsbeschluss (RB) Nr. 616 vom 14. August 2018 von der Regierung genehmigt. Die damalige [«Erweiterung 2017»](#) umfasste den Bereich entlang der Kantonsstrasse (Abb. 1).

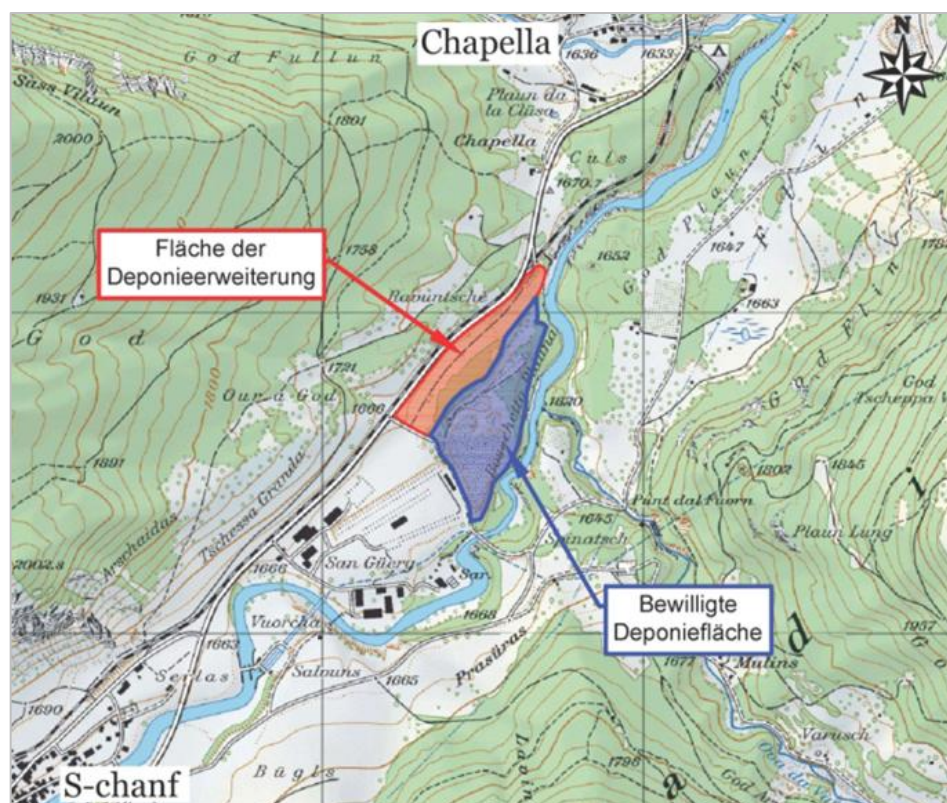


Abb. 1: Fläche der Deponieerweiterung und bewilligte Deponiefläche (Teilrevision 2017).  
(Quelle: UVB Deponie Bos-chetta Plauna, AFRY Schweiz AG, 2017).

Innerhalb des Erweiterungsperimeters erfolgt sowohl ein Materialabbau als auch die Ablagerung von unverschmutztem Aushubmaterial und Inertstoffen (Deponie

Typ A und B gemäss eidgenössischer Abfallverordnung VVEA). Durch einen vorgängigen Materialabbau von Kies und Sand vergrössert sich das Deponievolumen entsprechend. Das bewilligte Deponievolumen des Erweiterungsperimeters Richtung Kantonsstrasse beträgt rund 1'600'000 m<sup>3</sup>, dieser wurde 2019 in Betrieb genommen.

Der Bedarf an Deponievolumen für unverschmutztes Aushubmaterial (Typ A) und Inertstoffe (Typ B) ist in Folge der regen Bautätigkeit im Oberengadin unverändert hoch. Da sich der vorgängige Abbau der Rohstoffe Kies und Sand indes verzögert bzw. damit nicht Schritt halten kann, stehen derzeit Teile der vorgesehenen Schüttflächen für Deponiematerial des Typs A noch nicht zur Verfügung. Aufgrund der aktuellen Entwicklung muss davon ausgegangen werden, dass das zur Verfügung stehende, bewilligte Deponievolumen für Material des Typs A im gesamten Deponieareal bereits ca. Ende 2025 ausgeschöpft sein wird. Aufgrund der räumlichen und betrieblichen Gegebenheiten stehen keine weiteren Flächen für die Deponierung von Material Typ A zur Verfügung. Das Kompartiment für Material Typ B weist voraussichtlich noch eine Kapazität für die nächsten vier bis fünf Jahre auf.

Aufgrund dieser Ausgangslage hat die Betreiberin ein Projekt für eine Höherschüttung und damit für ein zusätzliches Deponievolumen ausgearbeitet. Diese Erweiterung in die Höhe bedingt eine Anpassung der Nutzungsplanung.

Zwecks Klärung der wesentlichen Fragen und Vorgaben für die Umsetzung der geplanten Höherschüttung fand am 20. April 2022 eine Koordinationssitzung zwischen den verschiedenen Fachstellen (Amt für Raumentwicklung, Amt für Wald und Naturgefahren, Amt für Natur und Umwelt), der Gemeinde, den Betreibern und den beauftragten Fachplanern statt.

## **1.2 Gegenstand und Ziel der Teilrevision**

Mit der vorliegenden Teilrevision der Nutzungsplanung werden die nutzungsplanerischen Voraussetzungen für die geplante Höherschüttung der Deponie Bos-chetta Plauna geschaffen. In diesem Kontext erfolgen auch projektbedingte Anpassungen und Bereinigungen rechtskräftiger Festlegungen der Nutzungsplanung. Im Weiteren erfolgen Festlegungen innerhalb des Deponieperimeters in Verbindung mit dem Schiessbetrieb des angrenzenden FLAB-Schiessplatzes der Schweizer Armee.

## **2 Verfahren**

### **2.1 Organisation des Planungsträgers**

Die Gemeinde S-chanf beauftragte das Planungsbüro Stauffer & Studach Raumentwicklung, Chur, mit der Teilrevision der Nutzungsplanung.

Die Erarbeitung des Projekts Höherschüttung inkl. Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) mit Projektbeschreibung erfolgte durch die ARX Gruppe AG, St. Moritz, mit Einbezug der AFRY Schweiz AG, Zürich.

## 2.2 Ablauf der Planung

Koordinationssitzung Akteure	20. April 2022
Erarbeitung Projekt / UVB	Frühling / Sommer 2022
Erarbeitung Entwurf Teilrevision inkl. Rodung	Juli – November 2022
Freigabe Gemeinde zuhänden Vorprüfung	November 2022
Kantonale Vorprüfung	Dez. 2022 – April 2023
Abklärungen Bedürfnisse Schweizer Armee	
Überarbeitung Projekt / UVB,	
Überarbeitung Teilrevision inkl. Rodung	Mai 2023 – Juli Okt. 2025
Vernehmlassung kantonale Amtsstellen	Oktober 2023 – Januar 2024
Überarbeitung Projekt / UVB,	
Überarbeitung Teilrevision inkl. Rodung	Januar 2024 – September 2025
Freigabe Gemeinde zuhänden Mitwirkungsaufgabe	1. Oktober 2025
Öffentliche Mitwirkungsaufgabe	16. Okt. – 16. Nov. 2025
Vernehmlassung kantonale Amtsstellen	Oktober – November 2025
Unterbreitung Vorlage Gemeindeversammlung	18. Dezember 2025
Beschwerdeaufgabe	nach Beschlussfassung Gemeindeversammlung

## 2.3 Kantonale Vorprüfung

Die vorliegende Teilrevision der Nutzungsplanung wurde gestützt auf Art. 12 der kantonalen Raumplanungsverordnung (KRVO) dem Amt für Raumentwicklung (ARE) zur Vorprüfung eingereicht.

Mit Bericht vom 24. April 2023 äusserte sich die Amtsstelle zur vorgesehenen Teilrevision. Im Wesentlichen ergaben sich im Rahmen der Vorprüfung folgende Anträge, Empfehlungen und Hinweise:

Antrag / Hinweis	Umgang
<b>Nutzungsplanung</b>	
<b>Baugesetz</b> – Art. 32 BauG «Zona d'explotaziun da materiel e da deposit da materiel» ist betreffend die Terminologie der Deponietypen an die Verordnung über die Vermeidung und Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA) anzupassen.	– Die Bestimmung wird entsprechend angepasst.
<b>Genereller Gestaltungsplan</b> – Falls die vorgesehenen Böschungen (Materialablagerung) angrenzend an die Kantonsstrasse eine Geländeneigung im Verhältnis grösser 2:3 aufweisen, ist die Hangstabilität mittels eines Gutachtens nachzuweisen. – Ebenfalls ist aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen verhindert werden soll, dass Schnee auf die Kantonsstrasse abrutscht.	– Die geotechnischen Nachweise wurden vorgenommen. Der UVB wird entsprechend ergänzt.  – Der UVB wird mit Ausführungen zu Massnahmen betreffend Abrutschen von Schnee ergänzt.

Antrag / Hinweis	Umgang
<b>Rodungsgesuch</b>	
<b>Walderhaltung</b> – Das öffentliche Interesse für das vorliegende Vorhaben ist in deutlicher Weise gegeben. Die Rodungen dürfen nur mit vorgängiger Anzeichnung durch den kantonalen Forstdienst sowie den Forstbetrieb S-chanf erfolgen.	– Kenntnisnahme.
<b>Vogelschutz</b> – Zum Schutz von Brutvögeln sind Rodungen im Zeitraum vom 1. Mai bis 30. Juni grundsätzlich untersagt. Kann diese Schutzzeit aufgrund der örtlich vorherrschenden Situation nicht eingehalten werden, so ist dies vor Beginn der Arbeiten dem Amt für Jagd und Fischerei (AJF) plausibel aufzuzeigen. In diesem Fall ist durch das AJF (Wildhut) vor Ort zu bestimmen, wie die Arbeiten ohne Beeinträchtigung der jagd- und fischereirechtlichen Schutzansprüche (Vogelbruten) umgesetzt werden können.	– Kenntnisnahme.
<b>Umweltverträglichkeitsbericht (UVB)</b>	
<b>Biotop- und Artenschutz</b> – Es ist sicherzustellen, dass für den Lebensraum für Heuschrecken und Tagfalter (Bereich Böschung Kantonsstrasse) auch während des Deponiebetriebs bis zur Umsetzung der Massnahmen des landschaftspflegerischen Begleitplans Rückzugsgebiete / Ersatzlebensräume geschaffen werden.	– Die Aussagen bzw. Massnahmen im UVB betreffend den Lebensraum für Heuschrecken und Tagfalter werden überprüft und bedarfsweise angepasst.
<b>Lärm</b> – Es wird darauf hingewiesen, dass der Betrieb der Deponie so zu führen ist, dass die Anforderungen von Art. 7 Abs. 1 LSV eingehalten werden. Die eingesetzten Baumaschinen haben gestützt auf Art. 11 abs. 2 USG in Verbindung mit Art. 7 Abs. 1 lit a LSV dem Stand der Technik zu entsprechen.	– Kenntnisnahme.
<b>Wildtierschutz</b> – In Ergänzung zu den Auflagen aus der letzten Teilrevision (Genehmigung 14. August 2018) sind folgende Auflagen zu berücksichtigen: <ol style="list-style-type: none"> <li>Von der Kantonsstrasse ist ein minimaler Abstand von 20 m für Bäume und Sträucher zwecks Verminderung von Wildunfällen einzuhalten.</li> <li>Gestützt auf die bisherigen Erfahrungen sind die Massnahmen zur Vermeidung der Lockwirkung für das Wild bei der Begrünung zu verbessern (erhöhte technische Anforderungen temporärer Wildzaun). Bei der Ansaat der Zwischendepots sind temporäre Schutzzäune zu erstellen, um die Lockwirkung für das Wild zu reduzieren.</li> </ol>	– Entsprechende Massnahmen werden zu gegebenem Zeitpunkt mit den zuständigen Fachstellen bzw. der Wildhut geprüft und umgesetzt.



Antrag / Hinweis	Umgang
c. Anstelle von Wildtierzäunen kann zur Vermeidung der Lockwirkung der Ansaat-Flächen entlang der Kantonsstrasse auch folgende Bewirtschaftung geprüft werden: <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ansaat im zeitigen Frühjahr bis spätestens Mitte Mai.</li> <li>- 1. Schnitt der Flächen bis Mitte August.</li> <li>- 2. Schnitt der Flächen innerhalb der zweiten Oktoberhälfte.</li> </ul>	
Folgeverfahren	
<b>Verkehr</b> – Die geplante Deponieerweiterung befindet sich innerhalb der Baulinien der Kantonsstrasse (mit Regierungsbeschluss Nr. 751 am 30. August 2016 genehmigt). Im Rahmen des Folgeverfahrens ist für die Deponieerweiterung eine entsprechende strassenbaupolizeiliche Ausnahmegewilligung (Art. 18 Strassengesetz Graubünden) einzuholen. Die Strassenbaupolizei des kantonalen Tiefbauamts ist frühzeitig in die Detailplanung miteinzubeziehen.	– Kenntnisnahme.

### 2.3.1 Massgebende Anpassungen nach kantonaler Vorprüfung

Nach der kantonalen Vorprüfung erfolgten Abklärungen und Projektanpassungen infolge der Bedürfnisse der Schweizer Armee im Zusammenhang mit dem Schiessbetrieb des angrenzenden FLAB-Schiessplatzes. Die Endgestaltung der Höferschüttung der Deponie Bos-chetta wurde sowohl betreffend dem endgestalteten Terrain als auch der Zielvegetation angepasst, um die Einschränkungen für die Radartechnik für den FLAB-Schiessbetrieb der Schweizer Armee soweit möglich zu reduzieren. Im Weiteren berücksichtigt die Endgestaltung neu auch einen «Beobachtungsposten» inkl. zugehöriger Zufahrt und Leitungskorridoren für die mobilen Radaranlagen auf dem endgestalteten Terrain der Höferschüttung. Dies, um nach Abschluss der entsprechenden Deponie-Etappen einen uneingeschränkten Einsatz der Radartechnik gewährleisten zu können. Aufgrund dieser Projektanpassungen reduziert sich das zusätzliche Deponievolumen der Höferschüttung von ursprünglich ca. 1'160'000 m<sup>3</sup> auf ca. 1'110'000 m<sup>3</sup> bzw. um rund -50'000 m<sup>3</sup>.

Die vorliegende nutzungsplanerische Umsetzung wurde infolge dieser Änderungen des Deponieprojekts Höferschüttung entsprechend angepasst.

Zwischen der Gemeinde S-chanf und der Schweizer Armee (Schweizerische Eidgenossenschaft VBS) besteht unabhängig der rechtskräftigen sowie vorliegenden Nutzungsplanung Deponie Bos-chetta Plauna ein Dienstbarkeitsvertrag, welcher im Wesentlichen den Materialabbau sowie die Materialablagerung inkl. Endgestaltung auf Grundstück Nr. 851 (Eigentum Schweizer Armee, Lage innerhalb Deponieperi-

meter) regelt. In Ergänzung zum bestehenden Dienstbarkeitsvertrag werden in Abstimmung auf die vorliegende Deponieplanung in einem neuen Dienstbarkeitsvertrag die Höherschüttung des Grundstücks Nr. 851, die Erstellung von Infrastrukturelementen in Verbindung mit dem Beobachtungsposten sowie die Möglichkeit der Nutzung des Deponiegeländes für Truppenübungen der Schweizer Armee sowie weitere betriebliche Aspekte neu geregelt. Die Regelungen besagter Dienstbarkeiten sind nicht Gegenstand des vorliegenden Nutzungsplanverfahrens.

## 2.4 Mitwirkungsaufgabe

Die Mitwirkungsaufgabe dient der Orientierung der Betroffenen und Interessierten über die vorgesehenen Änderungen und Ergänzungen. Damit wird ein Teil der in Art. 4 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) verlangten Information der Bevölkerung und ihrer Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Teilrevision der Nutzungsplanung erfüllt. Während der Mitwirkungsaufgabe können Grundeigentümer und andere Interessierte schriftlich Abänderungs- oder Ergänzungswünsche an den Gemeindevorstand richten.

Die Vorlage lag vom 16. Oktober 2025 bis 16. November 2025 öffentlich auf. Im Rahmen der Mitwirkungsaufgabe ging bei der Gemeinde S-chanf eine Stellungnahme mit Vorschlägen betreffend die bestehende Materialbewirtschaftungszone innerhalb des Deponieperimeters ein. Im Wesentlichen wurde beantragt, dass die besagte Zone nicht befristet, die Zone auch künftig beibehalten und eine allfällige Vergrösserung geprüft werden solle. Weiter wurde vorgeschlagen, die betreffende Fläche auch für alternative Nutzungen heranzuziehen wie z.B. zur Parkierung (während des Winters, wenn die Materialbewirtschaftung ausser Betrieb ist) oder für anderweitige touristische Nutzungen / Attraktionen. Zudem wurden die vorliegenden Massnahmen der Rekultivierung als nicht ausreichend beanstandet. Auch sei eine Beibehaltung der Materialbewirtschaftungszone für die Gemeinde von finanziellem Interesse aufgrund der wiederkehrenden Einnahmen.

Die Festlegung der Zona d'elavur material als befristete Zone erfolgt in Abstimmung mit dem bestehenden Nutzungsvertrag, welcher per 31. Dezember 2037 ausläuft. Der Bedarf an Deponievolumen für unverschmutztes Aushubmaterial (Typ A) und Inertstoffe (Typ B) ist gemäss der vorliegenden Planung in Bezug auf das Deponievolumen auf den sich in Erarbeitung befindenden regionalen Richtplan Materialabbau und -bewirtschaftung abgestimmt. Die Beibehaltung des besagten Materialbewirtschaftungsplatzes hätte einen Verlust von rund 180'000 m<sup>3</sup> Deponievolumen Typ A-Material zur Folge. Die Sicherstellung des im Richtplan festgelegten Deponievolumens ist von übergeordnetem Interesse. Zudem hätte es weitere unerwünschte Folgen in Bezug auf die Aus- und Endgestaltung der Böschungen der Höherschüttung der gesamten Deponie.

Im Rahmen des Projekts wurde für die Rekultivierung des endgestalteten Terrains ein landschaftspflegerischer Begleitplan erarbeitet. Die vorliegende Planung sieht eine Rekultivierung mit einer reich strukturierten Landschaft mit verschiedenen

Lebensräumen vor. Damit werden die Anforderungen gemäss den übergeordneten Umweltvorgaben erfüllt. Diese Endgestaltung und Rekultivierung wurde im Rahmen der kantonalen Vorprüfung positiv beurteilt. Das Beibehalten des Materialbewirtschaftungsplatzes würde somit eine umfassende Neuplanung bedingen und stünde zudem in Konflikt mit der künftigen Nutzung des Deponiegeländes für Übungen der Schweizer Armee.

Die Beibehaltung eines Materialbewirtschaftungsplatzes inkl. Nebennutzungen z.B. im Winter steht dem Bedarf von für die Region äusserst wichtigem Deponievolumen gegenüber. Zudem ist eine längerfristige temporäre Nutzung wie z.B. eine Parkierung oder touristische Nutzung mit grösserem Publikumsverkehr im Gebiet Bos-chetta mit dem jetzigen und auch künftig geplanten Nutzungscharakter einer Deponie planerisch wenig zweckmässig und auch aus sicherheitstechnischen Gründen problematisch.

In Verbindung mit den bestehenden Verträgen und Bewilligungen erzielt die Gemeinde auch aus dem Deponiebetrieb bedeutende Erträge zu Gunsten der Gemeindefinanzen und damit der Bürgerinnen und Bürger von S-chanf.

Aufgrund der Ergebnisse der Mitwirkung ergaben sich keine Anpassungen in den Planungsmitteln.

## **2.5 Vernehmlassung kantonale Amtsstellen**

Infolge der umfassenden Änderungen (vgl. Kap. 2.3.1) wurde die Vorlage dem Amt für Raumentwicklung Graubünden (ARE) für eine informelle Prüfung nochmals zugestellt. Mit Stellungnahme vom 24. November 2025 äusserte sich das ARE auf Basis einer Ämterkonsultation zur vorliegenden Planung. Daraus ergab sich punktueller Anpassungs- und Ergänzungsbedarf betreffend den Umweltverträglichkeitsbericht sowie die Rodungsunterlagen (Flächenbilanz). Betreffend die Rodungsunterlagen wurde zudem empfohlen, diese im weiteren Verfahren nicht mehr als «Rodung 2022» sondern als «Rodung 2025» zu bezeichnen. Dies wurde entsprechend angepasst.

## **2.6 Beschluss Gemeindeversammlung**

*[Ergänzung nach erfolgtem Verfahrensschritt]*

## **2.7 Beschwerdeauflage**

*[Ergänzung nach erfolgtem Verfahrensschritt]*

## **2.8 Leitverfahren UVB**

Gemäss Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) unterliegen Deponien des Typs B (Anlagetyp 40.4) mit einem Deponievolumen von mehr als 500'000 m<sup>3</sup> der UVP-Pflicht. Dieses Volumen wird von der Deponie Bos-chetta

Plauna sowohl in der Planung 2017 als auch in der vorliegenden Planung überschritten. Für die Planung 2017 wurde ein Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) erarbeitet. Für die geplante Höferschüttung wurde ein Ergänzungsbericht zum UVB 2017 erstellt (vgl. Beilage A).

Das Leitverfahren für die UVP bildet das Nutzungsplanungsverfahren.

### **3 Konzept und Projektelemente**

#### **3.1 Massgebender Ausgangszustand**

Gemäss UVB ist als Ausgangszustand der aktuelle Zustand gemäss den erteilten Bewilligungen massgebend.

#### **3.2 Materialabbau und Materialablagerung, Etappierung**

Das bisherige Abbaukonzept sah einen Abbau von Kies und Sand in drei Etappen, von Süden Richtung Norden vor. Gemäss neu vorliegendem Projekt erfolgt der Materialabbau, abgestimmt auf den laufenden Betrieb sowie die geplante Höferschüttung der Deponie, neu von Norden Richtung Süden. Die Anzahl Etappen bleibt unverändert und der Materialabbau erfolgt nach wie vor ausschliesslich im Erweiterungssperimeter der Deponie. Die Etappen 1 und 2 sind zwischenzeitlich vollständig abgebaut und werden teilweise für die Materialdisposition des weiteren Materialabbaus bis zu dessen Abtransport verwendet (Stand Oktober 2025). Die Aufbereitung des abgebauten Materials erfolgt ausserhalb des Deponieperimeters Bos-chetta Plauna, voraussichtlich weiterhin im Werk Montebello in der Gemeinde Pontresina.

Die geplante Höferschüttung ermöglicht ein zusätzliches Deponievolumen von rund 1'110'000 m<sup>3</sup> für die Ablagerung von unverschmutztem Aushubmaterial (Typ A) und Inertstoffen (Typ B) innerhalb des bestehenden Deponieperimeters. Damit wird das zuhanden des regionalen Richtplans zugrunde gelegene Deponievolumen von rund 2'000'000 m<sup>3</sup> um rund 50% erhöht. Damit soll am Standort einer bereits bestehenden Deponie der Bedarf an Deponievolumen in der Region Oberengadin abgedeckt werden.

Das Deponieren von Material bzw. die geplante Höferschüttung erfolgt neu in vier Etappen (unverschmutztes Aushubmaterial; Typ A). Für das Deponieren von Inertstoffen (Typ B) wurde im laufenden Betrieb ein separates, abgedichtetes Kompartiment im nördlichen Deponieperimeter geschaffen. Sofern die Kapazität ausreicht, erfolgt die Ablagerung von Inertstoffen über alle Verfüllungsetappen an diesem Standort. Sollte die Kapazität nicht ausreichen, würde zu gegebenem Zeitpunkt ein neues Kompartiment für Inertstoffe an geeignetem Standort innerhalb des Deponieperimeters geschaffen.

Gestützt auf das neue Abbau- und Deponiekonzept werden im Rahmen der vorliegenden Teilrevision entsprechende Festlegungen vorgenommen (Kap. 5.1 – 5.4).

### 3.3 Bestehende Materialaufbereitung und Materialumschlag

Auf dem bestehenden Deponieareal befindet sich einer vom Deponiebetrieb betrieblich unabhängiger Materialaufbereitungs- und Umschlagplatz eines lokalen Bauunternehmens. Zwischen dem Bauunternehmen und der Gemeinde S-chanf besteht diesbezüglich ein bis 31. Dezember 2037 befristeter Nutzungsvertrag. Die Fläche wird langfristig für das Deponieren von Material benötigt. Nach Ablauf der Nutzungsfrist erfolgt die bedarfsweise Verfüllung, Endgestaltung und Rekultivierung.

Abgestimmt auf diesen befristeten Vertrag werden im Rahmen der vorliegenden Teilrevision entsprechende Festlegungen vorgenommen (siehe Kap. 5.2.2). Die Evaluation eines allfälligen Ersatzstandorts für einen Materialaufbereitungs- und Umschlagplatz ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilrevision. Diese Evaluation ist bedarfsweise und zu einem späteren Zeitpunkt durchzuführen.

### 3.4 Zwischenlager Bodenmaterial

Für die Rekultivierung geeignetes Bodenmaterial wird jeweils vor Beginn einer Abbau- bzw. Verfüllungsetappe abgetragen und zwischengelagert. Die Bezeichnung von Standorten für das Zwischenlagern von Bodenmaterial erfolgt nicht mehr in der Nutzungsplanung, sondern im Rahmen des nachgelagerten BAB-Verfahrens bzw. in der periodischen Berichterstattung der technischen Baubegleitung / Umweltbaubegleitung. Im Verlauf des bisherigen Deponiebetriebs hat sich dieses Vorgehen als zweckmässiger erwiesen und der erforderlichen betrieblichen Flexibilität konnte so besser Rechnung getragen werden. Folglich wird die rechtskräftige Festlegung «Deposit temporar material da terrain» im Generellen Gestaltungsplan im Rahmen der vorliegenden Teilrevision aufgehoben (siehe Kap. 5.3).

### 3.5 Endgestaltung Deponiekörper / Rekultivierung

Das endgestaltete Terrain der Höherschüttung liegt über dem bestehenden Terrain bzw. der bisher geplanten Deponie-Geländemodellierung (vgl. Anhang A). Die Endgestaltung und Rekultivierung des Geländes der Höherschüttung weicht von der bisherigen Planung ab. Die neue Planung umfasst eine an die ursprüngliche Landschaft angelehnte, höher gelegene Landschaft mit Hügeln und Ebenen mit verschiedenen Vegetationsstrukturen. Auf der Oberfläche des abgeschlossenen Deponiekörpers sind im Endzustand folgende Nutzungen vorgesehen:

- Wiederaufforstungs-, Landwirtschafts- und Trockenstandortflächen
- Forstwerkhof und Sägereiareal (bestehend)
- Langlaufloipe, Fuss- und Wanderweg (bestehend)
- Infrastrukturanlagen in Verbindung FLAB-Schiessbetrieb Schweizer Armee

Die neue Endgestaltung sieht vor, die vorhandenen Lebensräume im Rahmen der Rekultivierung und Aufforstung wiederherzustellen, dies gilt auch für die landwirt-

schaftlich genutzten Wiesen. Die Bewirtschaftung der rekultivierten Wiesen soll dabei möglichst die gleiche Qualität aufweisen wie der Ausgangszustand. Die Entschädigung für den Bewirtschaftungsausfall während der Betriebsphase der Deponie wird zwischen den Eigentümern und den Deponiebetreibern geregelt. Die Rekultivierung erfolgt nach Abschluss einer jeweiligen Etappe, sofern Flächen nicht für betriebliche Zufahrten oder Zwischendepots von Bodenmaterial beansprucht werden müssen.

Für detaillierte Informationen zur vorgesehenen Rekultivierung und den Ersatzmassnahmen siehe UVB sowie landschaftspflegerischer Begleitplan (Beilage A). Die Anpassung und Ergänzung von Festlegungen in der Nutzungsplanung erfolgen anhand der neu geplanten Endgestaltung und Rekultivierung (siehe Kap. 5.2.4, 5.3.2). Weitere Folgenutzungen umfassen Elemente in Verbindung mit dem Schiessbetrieb des angrenzenden FLAB-Schiessplatzes der Schweizer Armee (vgl. Kap. 2.3.1).

### **3.6 Forstwerkhof und Sägereiareal**

Im südlichen Bereich des Deponieperimeters befindet sich der bestehende Forstwerkhof mit angegliederter Sägerei und Holzlagerplatz. Die Bauten und Anlagen befinden sich innerhalb der rechtskräftigen, überlagernden Sägerei- und Forstwerkhofzone (Art. 29 BauG). Diese Nutzung ist von der geplanten Höferschüttung nicht tangiert und verbleibt unverändert bestehen. Die Abgrenzung dieser Zone wird im Rahmen der vorliegenden Teilrevision auf die tatsächliche Nutzung bereinigt und angepasst (siehe Kap. 5.2.3).

### **3.7 Langlaufloipe, Fuss- und Wanderwege**

Im Rahmen der Teilrevision 2017 wurde aufgrund des langen Zeithorizonts des Abbau- und Deponiebetriebs die regionale Langlaufloipe sowie der Wanderweg parallel zum Inn verlegt bzw. die Linienführungen nutzungsplanerisch neu festgelegt. Die Festlegungen haben nach wie vor Gültigkeit, es erfolgen diesbezüglich keine Anpassungen.

Während der Betriebsphase sind jedoch temporäre Sperrungen oder Umleitungen des Wanderwegs und der Loipe erforderlich, diese werden entsprechend signalisiert. Der Wanderweg sowie die Loipe sollen nach Abschluss des Deponiebetriebs wieder hergestellt werden.

## **4 Rahmenbedingungen und Nachweise**

### **4.1 Übereinstimmung mit der kantonalen Richtplanung**

Der kantonale Richtplan ist für die Behörden in Bezug auf die Stossrichtung der räumlichen Entwicklung und die konkreten Richtplanfestlegungen verbindlich. Es ist Aufgabe der Gemeinde, die Konformität der Nutzungsplanung zum Richtplan aufzuzeigen.

Für die vorliegende Teilrevision ist das Kapitel 7.3 «Materialabbau und Materialverwertung» sowie das Kapitel 7.4 «Abfallbewirtschaftung» des kantonalen Richtplans massgebend. Derzeit erfolgen im Bereich Materialabbau und Materialverwertung sowie Abfallbewirtschaftung in Verbindung mit Anpassungen des regionalen Richtplans Maloja auch Anpassungen des kantonalen Richtplans. Diese richtplanerischen Anpassen berücksichtigen die vorliegend geplante Höferschüttung Deponie Bos-chetta. Die Richtplananpassungen sind derzeit beim Kanton in Vorprüfung (Stand November 2025).

#### **4.1.1 Materialabbau und Materialverwertung**

Inhaltlich entspricht der bestehende Materialabbau am Standort Bos-chetta Plauna den Leitüberlegungen des kantonalen Richtplans, wonach die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen regional sichergestellt wird. Soweit die Regionen geeignete Ressourcen aufweisen, werden diese Potenziale langfristig für den Abbau sichergestellt. Die Versorgungsautarkie der Regionen wird aus volkswirtschaftlichen Überlegungen als auch aus Gründen des Umweltschutzes angestrebt. In den kantonalen Richtplan werden Abbauvorhaben mit einem Abbauvolumen von über 100'000 m<sup>3</sup> aufgenommen.

Im kantonalen Richtplan ist der «Abbau von Sand und Kies inkl. Wiederauffüllung» am Standort Bos-chetta Plauna mit Koordinationsstand «Ausgangslage» (Obj. Nr. 11.VB.03.1) bzw. «Festsetzung» (Obj. Nrn. 11.VB.03.2 / 11.VB.03.3) bezeichnet.

#### **4.1.2 Abfallbewirtschaftung**

Gemäss Art. 5 Abs. 2 VVEA haben die Kantone die in der Deponieplanung vorgesehenen Standorte von Deponien in ihren Richtplänen auszuweisen. Bezüglich der Entsorgung wird gemäss kantonalem Richtplan eine Autarkie der Regionen sowohl aus volkswirtschaftlichen Überlegungen als auch aus Gründen des Umweltschutzes angestrebt. Deponiestandorte werden nach Möglichkeit innerhalb von Abbaugebieten festgelegt.

Der Standort Bos-chetta Plauna ist im kantonalen Richtplan als Deponie Typ B («Ab Lagerung von unverschmutztem Aushub- und Ausbruchmaterial und Inertstoffe») als «Ausgangslage» (Obj. Nr. 11.VD.01.1) bzw. «Festsetzung» (Obj. Nrn. 11.VD.01.2 / 11.VD.01.3) bezeichnet.

Damit ist das vorliegende Vorhaben sowohl betreffend Materialabbau als auch betreffend Materialablagerung mit dem kantonalen Richtplan konform.

#### **4.2 Regionaler Richtplan Maloja**

Der kantonale Richtplan legt fest, dass Standorte mit erheblichen räumlichen Auswirkungen im regionalen Richtplan zu erfassen sind. Inertstoffdeponien des Typs B gemäss VVEA sind im regionalen Richtplan auszuweisen. Im regionalen Richtplan ist

für die vorliegende Teilrevision das Kapitel 7.1 «Materialabbau und Materialverwertung sowie Abfallbewirtschaftung» massgebend.

Als Verfahren für die Umsetzung der Festlegungen sowohl für den Materialabbau als auch die Deponierung am Standort Bos-chetta Plauna sieht der regionale Richtplan eine Anpassung der Nutzungsplanung mit Gestaltungsplan, koordiniert mit einem Rodungsgesuch und UVB vor. Zudem ist ein BAB-Verfahren durchzuführen und die erforderlichen Spezialbewilligungen sind einzuholen (Verantwortungsbereiche C1 / C3 / C5).

#### 4.2.1 Materialabbau und Materialverwertung

Im regionalen Richtplan ist der Abbau von Kies und Sand am Standort Bos-chetta Plauna als «Ausgangslage» (Obj. Nr. 11.VB.03.1) bzw. als «Festsetzung» (Obj. Nrn. 11.VB.03.2) bezeichnet.

#### 4.2.2 Abfallbewirtschaftung

Der Standort Bos-chetta Plauna ist im regionalen Richtplan für die Deponierung von Inertstoffen und unverschmutztem Aushubmaterial mit den Koordinationsständen «Ausgangslage» (Obj. Nr. 11.VD.01.1) bzw. als «Festsetzung» (Obj. Nrn. 11.VD.01.2) bezeichnet. Die Deponievolumina werden wie folgt quantifiziert:

Objekt-Nr.	Deponievolumen	Koordinationsstand
11.VD.01.1	bis Stand 2007: 490'000 m <sup>3</sup> (Inertstoffe / unverschmutztes Aushubmaterial)	Ausgangslage
11.VD.01.2	Erweiterung 2007: <u>Inertstoffe</u> : 150'000 m <sup>3</sup> <u>Unverschmutztes Aushubmaterial</u> : 420'000 – 540'000 m <sup>3</sup>	Festsetzung
G.2 Informationen zu einzelnen Standorten	Erweiterung 2017: bis 2'000'000 m <sup>3</sup>	–
–	Erweiterung 2025: +1'110'000 m <sup>3</sup>	*

\* Anpassung Deponievolumen erfolgt im Rahmen einer gesamthaften Überarbeitung des regionalen Richtplans Materialabbau und Abfallbewirtschaftung (vgl. vorstehende und nachfolgende Ausführungen)

Mit der geplanten Erweiterung 2025 (Höferschüttung) wird gegenüber der Erweiterung 2017 ein zusätzliches Deponievolumen von rund 1'110'000 m<sup>3</sup> für die Ablagerung von unverschmutztem Aushubmaterial (Typ A) und Inertstoffen (Typ B) innerhalb des bestehenden Deponieperimeters geschaffen. Das Deponievolumen gemäss Richtplan von 2'000'000 m<sup>3</sup> wird somit um rund die Hälfte vergrössert.

Aufgrund des Umstands, dass mit der geplanten Vergrösserung des Deponievolumens keine Veränderung des Perimeters einhergeht, kann diese Veränderung ohne



vorgängige Anpassung des regionalen Richtplans vorgenommen werden. Der regionale Richtplan Materialabbau und Abfallbewirtschaftung ist aufgrund dieser neuen Ausgangslage beim Objekt Bos-chetta Plauna anzupassen, dies erfolgt im Rahmen einer gesamthaften Überarbeitung des regionalen Richtplans Materialabbau, Materialverwertung und Abfallbewirtschaftung. Diese Überarbeitung erfolgt derzeit (vgl. Kap. 4.1).

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen ist die vorliegende Planung sowohl betreffend den Materialabbau als auch die Materialablagerung mit dem regionalen Richtplan konform.

### 4.3 Nutzungsplanung

Die rechtskräftige Nutzungsplanung der Gemeinde S-chanf wurde im Wesentlichen am 23. und 24. Januar 2013 von der Gemeindeversammlung beschlossen und am 29. April 2014 mit RB Nr. 420 von der Regierung genehmigt. In der Zwischenzeit wurden verschiedene Teilrevisionen, welche vor allem im Zusammenhang mit Vorbehalten aus der Gesamtrevision standen, vorgenommen.

Richtplanpflichtige Abfallanlagen setzen nutzungsplanerische Festlegungen voraus, welche mit der vorliegenden Teilrevision der Nutzungsplanung bezüglich Zonenplan, Generellem Gestaltungsplan und Generellem Erschliessungsplan geschaffen werden. Die entsprechenden Bestimmungen sind im Baugesetz bereits enthalten (Led-scha da Fabrica). Im Rahmen der vorliegenden Teilrevision ist das Baugesetz lediglich betreffend die Verwendung von Begriffen an die eidgenössische Abfallverordnung VVEA anzupassen.

### 4.4 Wald

Im Rahmen der Deponieerweiterung 2017 und damit verbundenen Rodung 2017 fand eine Überprüfung und Bereinigung früherer Rodungen resp. Rodungsbewilligungen statt. Daraus resultierten temporäre Rodungen im Gesamtumfang von 18'850 m<sup>2</sup> sowie permanente Rodungen im Gesamtumfang von 1'725 m<sup>2</sup> (Rodung 2017). Diese Rodungen wurden mit Departementsverfügung Nr. 13/18 vom 17. Mai 2018 bewilligt.

Im Zusammenhang mit der geplanten Höferschüttung der Deponie ist eine differenziertere Ersatz- und Wiederaufforstung gegenüber der Planung 2017 vorgesehen. Damit verbunden sind temporäre und permanente Rodungen von Wald. Da die Aufforstung der früher bewilligten Rodung 2017 aufgrund des laufenden Deponiebetriebs noch nicht stattgefunden hat, stehen die vorliegenden Massnahmen der Rodung 2025 insbesondere im Kontext der Neu-Zuweisung von Wald in der Nutzungsplanung entsprechend der neuen (Wieder-)Aufforstung gemäss der geplanten Endgestaltung der Höferschüttung der Deponie.

Aufgrund der vorliegend geplanten neuen Endgestaltung der Höferschüttung werden Rodungsflächen der bewilligten Rodung 2017 wie folgt gewandelt:

- Wandlung temporäre Rodungsflächen 2017 (18'850 m<sup>2</sup>) zu permanenten Rodungsflächen 2025 im Gesamtumfang von 15'498 m<sup>2</sup>;
- Wandlung permanente Rodungsflächen 2017 (1'725 m<sup>2</sup>) zu temporären Rodungsflächen 2025 im Gesamtumfang von 196 m<sup>2</sup>.

In Verbindung mit weiteren vorliegenden permanenten Rodungsflächen (30'626 m<sup>2</sup>) resultiert somit gesamthaft eine permanente Rodungsfläche von 46'124 m<sup>2</sup> sowie eine temporäre Rodungsfläche von 196 m<sup>2</sup> (Total Rodungsfläche 2025: 46'320 m<sup>2</sup>).

Die Ersatzaufforstungsflächen (Realersatz) in der vorliegenden Planung umfassen 30'671 m<sup>2</sup> innerhalb des Deponieperimeters. Für die verbleibende Fläche, welche nicht mittels Realersatz kompensiert werden kann, erfolgen Massnahmen zu Gunsten von Natur und Landschaft gemäss bewilligten Ersatzprojekten<sup>1</sup>.

Das Leitverfahren für die Rodung ist das vorliegende Nutzungsplanungsverfahren. Weitere Informationen zur Rodung sind den separaten Rodungsunterlagen (Beilage B) zu entnehmen.

#### **4.5 Umweltverträglichkeitsbericht (UVB) mit Projektbeschrieb**

Für die geplante Höferschüttung der Deponie Bos-chetta Plauna liegt ein UVB mit Projektbeschrieb der ARX Gruppe AG vom Oktober 2025 vor (vgl. Beilage A). Darin wird aufgezeigt, wie die geplante Höferschüttung der Deponie Bos-chetta inkl. Endgestaltung und Rekultivierung erfolgen soll.

Im UVB werden sämtliche umweltrelevanten Aspekte abgehandelt und beurteilt. Der UVB « » basiert auf dem UVB der Teilrevision 2017 und behandelt nur jene Umweltbereiche, welche sich im Kontext der geplanten Höferschüttung der Deponie verändern. Die übrigen Aussagen der unveränderten Umweltbereiche aus dem UVB 2017 behalten weiterhin ihre Gültigkeit (vgl. Beilage A, Kap. II.5).

Zusammenfassend kommt der UVB zum Schluss, dass die geplante Höferschüttung der Deponie unter Berücksichtigung der beschriebenen Massnahmen umweltverträglich ist und die Auswirkungen weitgehend dem bereits bewilligten Betrieb entsprechen. Die Auswirkungen der geplanten Höferschüttung werden im UVB abschliessend dargelegt, eine Hauptuntersuchung ist daher nicht vorgesehen.

Der UVB mit Projektbeschrieb inkl. Beilagen bilden die Grundlage der vorliegenden Teilrevision der Nutzungsplanung. Die nutzungsplanerischen Festlegungen leiten sich aus dem Projekt Höferschüttung Deponie Bos-chetta Plauna ab.

---

<sup>1</sup> Die im Jahr 2018 erfolgte finanzielle Abgeltung (Einzahlung auf Forstdepositum der Gemeinde S-chanf) wird mit dem vorliegenden Rodungsvorhaben verrechnet resp. bereinigt.

#### 4.6 Spezialbewilligungen

Erforderliche Spezialbewilligungen wie die Errichtungs- und Betriebsbewilligung, Bewilligung für die Ausbeutung von Kies, Sand und anderem Material wurden anlässlich früherer Bewilligungsverfahren erteilt (Das BAB-Gesuch für den Deponiebetrieb im Erweiterungssperimeter gemäss Teilrevision 2017 wurde im Frühjahr 2019 durch den Kanton genehmigt).

Das BAB-Verfahren für die geplante Höferschüttung erfolgt im Anschluss an die vorliegende Teilrevision der Nutzungsplanung.

Das Rodungsverfahren wird mit der vorliegenden Teilrevision der Nutzungsplanung koordiniert (siehe Kap. 4.4).

### 5 Umsetzung in der Nutzungsplanung

#### 5.1 Baugesetz

In Abstimmung auf die geltende eidgenössische Abfallverordnung (VVEA) erfolgt in Absatz 1 von Art. 32 des Baugesetzes S-chanf (Zona d`explotaziun da materiel e da deposit materiel) eine Anpassung und Aktualisierung der verwendeten Begriffe im Zusammenhang mit Deponien.

#### 5.2 Zonenplan

##### 5.2.1 Kiesabbau- und Deponiezone

Derzeit ist im Wesentlichen nur der westliche Deponieteil einer überlagernden Deponiezone zugewiesen, der östliche Teil wird gemäss BAB-Bewilligung Nr. 2009-1179 betrieben. Im Rahmen der vorliegenden Teilrevision der Nutzungsplanung wird auch der östliche Teil einer überlagernden Deponiezone gemäss Art. 32 BauG zugewiesen und damit einheitliche nutzungsplanerische Voraussetzungen für die gesamte Deponie Bos-chetta Plauna geschaffen.

##### 5.2.2 Materialbewirtschaftungszone

Der bestehende Materialaufbereitungs- und Umschlagplatz ist in der rechtskräftigen Nutzungsplanung einer unbefristeten, überlagernden Materialbewirtschaftungszone («Zona d`elavurer materiel») zugewiesen. Im Rahmen der vorliegenden Teilrevision wird diese Materialbewirtschaftungszone neu in eine befristete Zone gewandelt; sie wird in Abstimmung auf den bestehenden Nutzungsvertrag per 31. Dezember 2037 automatisch und ohne weiteres Verfahren aufgehoben. Die Abgrenzung der Zone bleibt unverändert.

##### 5.2.3 Sägerei- und Forstwerkhofzone

Die Abgrenzung der rechtskräftigen Sägerei- und Forstwerkhofzone wird geringfügig an die tatsächlich vom Betrieb beanspruchte Fläche angepasst.

#### **5.2.4 Landwirtschaftszone, Zone übriges Gemeindegebiet und Wald**

Diese Grundnutzungen innerhalb des Deponieperimeters werden gemäss dem Zustand der geplanten Endgestaltung bzw. Rekultivierung festgelegt. Jene Flächen, welche für eine Ersatz- oder Wiederaufforstung vorgesehen sind (dichter / lichter Wald, Weidewald), werden dem Waldareal zugewiesen. Die übrigen Flächen werden der der Landwirtschaftszone zugewiesen.

Im nördlichen Bereich der Sägerei- und Forstwerkhofzone erfolgt in Abstimmung auf deren Zonenbereinigung (vgl. Kap. 5.2.3) die Zuweisung einer Teilfläche zum übrigen Gemeindegebiet. Im Weiteren erfolgt die Zuweisung von Flächen zum übrigen Gemeindegebiet in Verbindung mit der Realisierung eines Sickerstreifens entlang des Deponieperimeters gemäss landschaftspflegerischem Begleitplan.

### **5.3 Genereller Gestaltungsplan**

Im Generellen Gestaltungsplan wird ein Perimeter mit aufhebender Wirkung für sämtliche rechtskräftigen Festlegungen des Generellen Gestaltungsplans (inkl. Schnitte) betreffend das Abbau- und Deponiegebiet Bos-chetta Plauna definiert.

Im Generellen Gestaltungsplan werden der Abbauvorgang, die Materialablagerung sowie die Endgestaltung am Standort Bos-chetta Plauna in Situation und Schnitt konzeptionell aufgezeigt. Die Festlegungen ergeben sich direkt aus dem Projekt Höherschüttung sowie den Folgenutzungen der Schweizer Armee.

#### **5.3.1 Festlegungen Abbau und Deponie**

Der Abbau bzw. das Deponieren von Material wird entsprechend dem neuen Abbau- und Verfüllungskonzept festgelegt (Abbauetappen 1 – 3 und Verfüllungsetappen 1 – 4 für Typ A-Material sowie Kompartiment Typ B-Material). Die Abbauetappen 1 und 2 werden hinweisend bezeichnet, da der Abbau in diesen Bereichen abgeschlossen ist und diese Flächen für die Materialdisposition genutzt werden (vgl. Kap. 3.2).

In den Quer- und Längsprofilen werden die maximalen Abbaukoten sowie die maximalen Höhenkoten des endgestalteten Terrains definiert, soweit sich Abweichungen gegenüber der Planung 2017 ergeben. Die Abbauetappen 1 und 2 werden analog den Festlegungen in der Situation auch in den Schnitten hinweisend bezeichnet. Eine Gegenüberstellung der Geländemodellierung bzw. Aufschüttung der Erweiterung 2017 und der vorliegenden Erweiterung 2025 (Höherschüttung) findet sich in Anhang A (Schnitte). Zudem wird die Terrainline Erweiterung 2025 Stand Vorprüfung der Information halber aufgezeigt.

Die Darstellung des bestehenden Terrains berücksichtigt den Verlauf der Planung 2017, diesbezüglich ergeben sich aufgrund des laufenden Abbau- und Deponiebetriebs (Materialdisposition) stetig Änderungen, weshalb eine Aktualisierung dessen Verlaufs als nicht zweckmässig erachtet wird.

### 5.3.2 Festlegungen Endgestaltung und Rekultivierung

Ergänzend zu den Festlegungen im Zonenplan werden die wesentlichen Elemente der vorgesehenen Endgestaltung der Geländeform und der Oberfläche des Deponiekörpers im Generellen Gestaltungsplan festgelegt. Konkret handelt es sich um folgende Festlegungen:

- Terrainlinie Endgestaltung (Schnitte)
- Ersatz- und Wiederaufforstungsflächen (grundsätzlich Wald gemäss Zonenplan)
- Trocken- und Ruderalstandorte

### 5.4 Genereller Erschliessungsplan

Der im Zusammenhang mit der geplanten Höferschüttung und Endgestaltung vorgesehene Spurweg im nördlichen Deponieperimeter wird als Land- und Forstwirtschaftsweg (geplant) im Generellen Erschliessungsplan festgelegt. Der rechtskräftige Land- und Forstwirtschaftsweg im südlichen Deponieperimeter wird in Abstimmung auf die neue Endgestaltung aufgehoben.

Weiter festgelegt werden jene Elemente, welche in Verbindung mit der Radartechnik des Schiessbetriebs der Schweizer Armee des angrenzenden FLAB-Schiessplatzes stehen (vgl. Kap. 2.3.1).

Chur, Dezember 2025, Stauffer & Studach Raumentwicklung / cn

## Anhang – A

Gegenüberstellung Geländemodellierung Erweiterung 2017 und Erweiterung 2025  
(Höferschüttung)

